

Der Arbeitskreis Bildung des CDU-Kreisverbandes Koblenz hat sich ausführlich mit der „Mainzer Erklärung“ der CDU-Rheinland-Pfalz vom 17. 08. 2020 befasst und unter Betonung der regionalen Perspektive am 03.11.2020 die Forderungen der „Mainzer Erklärung“ ergänzt und beschlossen. (grüne Druckbuchstaben)

Fair macht schlau. Beschluss der CDU-Rheinland-Pfalz zum Start des Schuljahres - programmatische Weiterentwicklung durch den AK-Bildung der CDU-Koblenz

Corona hat viele Probleme an unseren Schulen im Land verschärft. Die Coronakrise ist aber nur der Brandbeschleuniger einer lieblosen Bildungspolitik im Land. Es reicht nicht, die Probleme nur zu beschreiben. Wir wollen die Probleme lösen. Der Stand der Digitalisierung ist mangelhaft. Dies rächt sich gerade an unseren Schulen gleich mehrfach.

Spätestens bis zum Ende des Schuljahres 2020/21 sind alle Lehrkräfte mit Dienstgeräten für digitalen Unterricht auszustatten! Das gilt auch für Schülerinnen und Schüler im Rahmen von Ausleihsystemen. Zur Installation und Wartung der Betriebssysteme und Software der Endgeräte sind ausreichend Stellen für IT Fachkräfte zu schaffen und zu besetzen, um einen reibungslosen und optimalen Einsatz der Endgeräte für Schüler/-innen und Lehrer/-innen ab dem Zeitpunkt der Lieferung vor Ort zu garantieren.

Aber das ist leider nicht alles, was es zu bewältigen gilt: Zu viele Kinder kommen ohne ausreichende Sprachkenntnisse in die Grundschule. Und vier Jahre später verlassen mehr als ein Drittel der Kinder die Grundschule, ohne ausreichend lesen und schreiben zu können. –

Es gibt im Land nach wie vor keine flächendeckende und nachvollziehbare **Sprachförderung**. *Die Zulassung der Sprachförderung darf nicht an zeitlichen Maßstäben, sondern am Leistungsniveau bemessen werden. Wer durch den fortgesetzten Erwerb seiner Herkunftssprache seine Identität stärken kann, ist bereit sich für unser Land und seine Sprache zu öffnen.*

Die **Unterrichtsversorgung** an unseren Schulen ist noch immer mangelhaft. Das *liegt nicht nur* an den befristeten Stellen. *Wer als Lehrerin aus dem Erziehungsurlaub zurückkehrt, sollte wieder an ihrer Schule unterrichten und nicht versetzt werden, weil die Stelle der Vertretungslehrkraft langfristig besetzt wurde.*

*Nicht nur die zahlenmäßige, sondern auch eine qualifizierte **Unterrichtsversorgung** müssen sichergestellt werden. Nach wie vor werden Versorgungslücken mit noch nicht fertig ausgebildeten Lehramtsstudenten gefüllt, die sich die Schulen zum größten Teil selbst suchen und rekrutieren müssen!*

(Hier wäre das Beispiel der Sommerschule zu erwähnen, getreu dem Motto „sieh das Gute im Schlechten“: z.Z. arbeiten bei uns 2 Studentinnen, die im Rahmen der Sommerschule bei uns tätig waren. Man kam ins Gespräch und heuerte sie als Vertretungslehrkräfte an – die aufgrund ihres noch nicht beendeten Studiums häufig ausfallen, da sie an online Seminaren o.ä. teilnehmen müssen.

Ich bitte das nicht falsch zu verstehen: sie machen eine engagierte Arbeit!

(Des Weiteren sind noch drei weitere Studenten bei uns in Vertretungsverträgen, allesamt durch Eigenengagement gesucht und gefunden... 5 Studierende -> das macht in Summe 10% eines Kollegiums aus.)

Solange angrenzende Bundesländer oder auch der Bund bessere Einstiegs- und Endgehälter anbieten, werden die Abwanderungen von Lehrkräften anhalten, die in Rheinland-Pfalz ausgebildet wurden. Ursache dafür ist die Aufkündigung der Tarifgemeinschaft der

Länder, dies hat sich als folgenreiche Fehlentscheidung herausgestellt. Sie fordern daher ihre umgehende Wiederherstellung. Ein Zwischenschritt dahin könnte in der Einrichtung eines regionalen Tarifverbundes bestehen. Denn es kann ja wohl nicht sein, dass eine Lehrkraft etwa für eine Sportstunde in Rheinland-Pfalz schlechter bezahlt wird als in NRW, Hessen oder Baden-Württemberg. Daher fordern wir auch für Lehrerinnen und Lehrer über die Landesgrenzen hinweg gleiches Gehalt für gleiche Arbeit. Auch hier muss gelten: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit: **Wenn Lehrkräfte in Rheinland-Pfalz für die gleiche Arbeit wie etwa in NRW oder Baden-Württemberg weniger verdienen, dann ist auch das eine Form von Ausbeutung.**

Förderschulen sind für uns ein Gradmesser für eine humane Gesellschaft. Sie erfordern daher unsere ganze Unterstützung durch das Land und die kommunalen Schulträger. Inklusive Unterrichtsangebote sind aus ihrem Versuchsstadium endlich zu befreien. Sie dürfen nicht unter dem Verdacht von sozialpädagogischen Übungsfeldern stehen. Wir fordern daher die Einrichtung von zertifizierten inklusiven Schulen mit einer bedarfsangemessenen Ausstattung mit Personal (Förderlehrer, Erzieher, Pädagogen etc. UND Räumlichkeiten zur Differenzierung/ Förderung/ Therapie/Besprechung,...), genügend Entlastungsstunden für professionelle kollegiale Förderung in kleinen Klassen von ca. 20 Schülerinnen und Schülern.

Die Einführung von **Förderungskonzepten für besonders begabte junge Menschen** ist an allen Gymnasien und Gesamtschulen zu prüfen und bei erkennbarem Bedarf einzuführen. Dazu gehört auch die flächendeckende Einführung von individuellen Förderplänen für alle Schülerinnen und Schülern – nicht nur an Schulen für Hochbegabte. Nur so verbinden wir Chancengleichheit mit Chancengerechtigkeit.

Derzeit existieren sogenannte „Entdecker“-Grundschulen für besonders begabte Schüler (deren Anteil an der Schülerschaft in Grundschulen bei 15 bis 20 % liegen soll), die aber gerade im ländlichen Raum so weit auseinander liegen (aktuell gibt es in RLP 15 solcher Grundschulen, d.h. es existieren nach wie vor Landkreise und kreisfreie Städte ohne dieses Angebot, was völlig inakzeptabel ist, wenn man es mit der Begabtenförderung ernst meint!), dass Eltern ohne Auto und ausreichende zeitliche Ressourcen nicht in der Lage sind, ihre Kinder regelmäßig dorthin zu fahren. Gerade begabte Kinder aus sozialschwächeren Familien sind daher nahezu komplett von diesem Förderangebot ausgeschlossen!

Keine Vertretungsverträge mehr über PES! Festanstellung statt Langzeitvertretung

Für uns ist es nicht entscheidend, wo Du herkommst, sondern wo Du hinwillst.

Das geht nur mit bester Bildung durch individuelle Förderung für jedes Kind in unserem Land. Dafür treten wir an.

Mehr Zeit für Kinder. Mehr Raum für Kinder.

Mehr Raum für Kinder braucht kleinere Klassen. Bildung fängt früh an. Bildung braucht Vorbilder als humane und glaubwürdige Form eigener Orientierung.

Mehr Raum gilt auch für die Kita-Gruppen, die Gruppen sind für eine Belegung von 25 Kindern meist zu klein konzipiert.

Bildung schafft Identität

Bildung sichert Lebenswege und Zukunftschancen. Sie fördert **Freiheit, Toleranz und Solidarität**. Sie ist entscheidend für den Zusammenhalt und die weitere Entwicklung unseres Bundeslandes. Unsere Gesellschaft entwickelt und verändert sich – das **Bildungswesen und die in ihm arbeitenden Menschen müssen es auch und dabei unterstützt werden!**

Bildung fängt früh an

Bereits vor der Grundschule werden wichtige Weichen gestellt. Deshalb brauchen Kindergärten und Kitas größere Aufmerksamkeit. Hier werden frühe Grundlagen für **die späteren Bildungswege gelegt**. Für die Kitas müssen für den Fall eines „Lockdowns“ einheitliche Standards (Kontaktaufnahme, Art und Weise usw.) erarbeitet werden, um so dem gesetzlichen Anspruch auf Förderung gerecht zu werden. Dies muss nicht nur in Zeiten von Corona und eines „Lock-Downs“ gelten

Bildung blickt auf das einzelne Kind.

Nicht jedes Kind benötigt die gleiche Förderung. Fair ist es, jedem das zu ermöglichen, was sie oder er braucht, um sich bestmöglich entwickeln zu können. Nicht erst Corona zeigt uns, wie ausdifferenziert und individualisiert Bildungs- und Betreuungsangebote sein müssen. Wer faire Bildungspolitik machen will, braucht keine Patentlösungen, sondern muss Möglichkeiten schaffen, jedem das zu ermöglichen, was er braucht. Und schon längst kann (frühkindliche) Bildung nicht mehr über pauschalisierte Angebote gelöst werden. Eltern, Kinder und Lehrende müssen in die Wahl der Angebote einbezogen werden.

Bildung braucht Vorbilder

Die **Stützen** unseres Bildungssystems sind motivierte Lehrerinnen und Lehrer sowie Erzieherinnen und Erzieher. Für sie muss eine bedürfnisorientierte und faire Arbeitssituation geschaffen werden.

*Und nur wenn wir zusätzlich die familiären und elterlichen **Zusammenhänge der Lehrerinnen und Lehrer berücksichtigen, erst dann haben wir Bedingungen dafür geschaffen, dass wir für eine faire und eine auf die Zukunft gerichtete Bildungspolitik sorgen können, die künftige Generationen mit vielen Chancen, Ideen und persönlichem Erfolg und Wohlergehen auf ihren Lebensweg schickt.***

Das sollen unsere Kinder lernen: Die Inhalte.

Lesen und Schreiben ist für viele ein Problem.

*Lesen, Rechnen und Schreiben kann man als die ersten notwendigen **Schlüsselkompetenzen der Schullaufbahn bezeichnen**. Trotzdem verlassen ein Drittel der Schülerinnen und Schüler in Rheinland-Pfalz die Grundschule ohne sicher Lesen und Schreiben zu können. So sieht keine faire Bildungspolitik aus!*

Unsere Sprache ist der Schlüssel für Bildung

Die Lücken im Lernstoff werden auf lange Sicht immer größer. Ohne ausreichendes Leseverständnis wirkt sich das auf alle Fächer des Schulkansons aus. Texte verstehen zu können ist eine Grundvoraussetzung, die junge Menschen brauchen, um neues mit altem Wissen verknüpfen zu können. Wer das in den ersten Jahren nicht lernt, holt diese Kompetenzen bis zum Abschluss nur schwer auf. Anspruch der CDU Rheinland-Pfalz ist es, allen Kindern nach ihren Befähigungen einen hoffnungsvollen und glücklichen Weg ins Leben zu ebnet - denn das ist fair - und nicht für viele das Versagen schon in den ersten Schuljahren vor zu programmieren.

Verpflichtende Deutschtests

Wir rücken deshalb die frühe Bildung in den Vordergrund. *Hier erblühen und hier verwelken Talente und Chancen, gerade in Zeiten von Corona.*

Wir möchten die **Bildungsarbeit** im letzten Kindergartenjahr auf neue verbindliche Grundlagen stellen. *Die Kinder bekommen Zeit, damit sie Kenntnislücken schließen können.*

Deshalb braucht es verpflichtende Deutschtests im Kindergarten. So können unterschiedliche Sprachfähigkeiten erkannt und gezielt gefördert werden. Die Kinder bekommen Zeit, damit sie ohne Druck Defizite aufholen können. Dadurch kann jedes Kind mit den gleichen Grundvoraussetzungen und den gleichen Chancen erfolgreich in die Grundschule starten.

Das letzte Kindergartenjahr sollte verpflichtend sein. Hier lernen die Kinder die wichtigen Strukturen und Regelmäßigkeiten, die für einen guten Schulstart wichtig sind.

Es geht hier nicht nur um die Förderung oder das Erlernen von kognitiven und motorischen Eigenschaften und Voraussetzungen, die sozialen und emotionalen Fähigkeiten müssen auch geschult und erlernt werden, damit jedes Kind als eine insgesamt gut entwickelte Persönlichkeit in die Schule wechseln kann

Starterklassen

Zusätzlich sprechen wir uns im letzten Kindergarten-Jahr für sogenannte Starterklassen aus. In diesen sollen neben der Sprachförderung auch andere kognitive und (fein-) motorische Grundlagen für den Schulalltag vermittelt und Vorläuferkompetenzen für jedes Kind gesichert werden.

Eine solche Starterklasse nimmt nicht das erste Schuljahr vorweg, sondern dient der sozialpädagogischen Entwicklungsförderung des einzelnen Kindes.

Gerade Kindern, die im Elternhaus kaum gefördert werden (können) und wenig Kontakt zu Gleichaltrigen haben, kann diese Unterstützung enorm helfen.

Es gibt keine Nebenfächer.

Neben den grundlegenden Kenntnissen in Lesen, Schreiben und Rechnen ist es wichtig, auch die anderen Fächer der schulischen Bildung im Blick zu haben. Dieser Fächerkanon sichert die kognitive und psychische Entwicklung der Schülerinnen und Schüler in allen Bereichen des Lebens.

Wir wollen Patente „Made in Germany“.

Wer die Ideen entwickeln möchte, die Zukunftstechnologien zu formen oder Patente „made in Germany“ zu sichern, braucht die MINT-Fächer. Mathe, Chemie, Biologie, Physik und Informatik sind hier unerlässlich - und zwar bereits in den ersten Schuljahren, um Mädchen und Jungen gleichermaßen für diese Fächer zu begeistern.

Entwicklung braucht Erziehung.

Gleiches gilt für die sogenannten Nebenfächer Religion, Sport, Kunst, Musik und Gesellschaftslehre. Wer weiß, woher er kommt, worin seine Werte begründet liegen, an diesen gewachsen ist oder sie immer wieder neu entdeckt, ist in sich selbst gefestigt. Der Sportunterricht gerade der noch jüngeren Klassen weckt sowohl Teamgeist als auch Ehrgeiz. Die musischen Fächer fördern Kreativität und Phantasie der Schülerinnen und Schüler. Diese Zeit brauchen Kinder.

Es muss Teil einer fairen Bildungspolitik sein, dass Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit bekommen, herauszufinden, wer sie sind und was sie ausmacht.

So sollen unsere Kinder lernen: Die Schule.

Unterrichtsgarantie statt Unterrichtsausfall.

Unterrichtsausfall prägt in Rheinland-Pfalz den Schulalltag. Fast 10 Prozent des Unterrichts fallen aus. Da hilft auch keine Schön-Rechnerei. Vertretung und Stillarbeit ersetzen keinen vollwertigen Unterricht.

Mehr und feste Stellen für Lehrerinnen und Lehrer

Fair wäre es, mehr und sichere Stellen zu schaffen. Wir wollen eine 110% Versorgung an unseren Schulen. Die Lehrerinnen und Lehrer müssen verlässliche Stellen haben, Eltern dürfen sich keine Sorge um die schulische Bildung ihrer Kinder machen müssen, Schülerinnen und Schülern dürfen durch Unterrichtsausfall keine Nachteile entstehen. Das kostet, aber das muss es uns wert sein:

Bildung darf nicht zur neuen sozialen Frage werden.

Digitales Lernen – Vom Tablet bis zum digitalen Hausmeister.

Unsere Gesellschaft und die Welt, in der wir leben und arbeiten, ändert sich rasant. Durch Digitalisierung und globale Vernetzung stehen den Schülerinnen und Schülern völlig neue Möglichkeiten des Lernens offen. Diese gilt es zu nutzen. Damit jeder daran partizipieren kann, ist es unumgänglich, die notwendigen Grundvoraussetzungen zu schaffen.

Corona hat es gezeigt, überfällig war es schon lange: Schülerinnen und Schüler brauchen digitale Endgeräte für modernes und flexibles Lernen sowie einen schnellen Netzzugang - zu Hause sowie in der Schule.

Auch hier muss die Fairness das leitende Motiv sein. Es kann nicht sein, dass Kinder aus sozialschwächeren Familien keinen Zugang zu digitaler Bildung bekommen. Jedes Kind muss vom Land mit der notwendigen Ausstattung, mit mobilen Endgeräten und den erforderlichen Programmen versorgt werden.

Zusätzlich braucht es medienpädagogische Konzepte. Bei der Erarbeitung neuer Lernsoftware und digitaler sowie analoger Bildungsmittel ist es wichtig, Stereotype zu verhindern und unsere Gesellschaft abzubilden. Kinder und Jugendliche verbringen viele Stunden am Tag mit der Arbeit in Schulbüchern, Arbeitsblättern oder eben mit Lernsoftware. Was sie hier – oft unterbewusst – mitnehmen prägt sie.

Ein digitaler Hausmeister muss als Ansprechpartner für alle Akteure ansprechbar sein. Lehrkräfte müssen entsprechende Weiterbildungen erhalten und brauchen Sicherheit im Umgang mit der Digitalisierung. Bei Fragen wie zum Datenschutz dürfen sie nicht alleine gelassen werden. Digitales muss - zum Beispiel in Form von Projektarbeit - direkt in den Unterricht integriert sein, um die Chancen der Digitalisierung sichtbar zu machen.

Schulabschlüsse sollen vergleichbar sein.

KEIN ZENTRALBITUR! Wir können uns sowohl die Beibehaltung der derzeitigen dezentralen schriftlichen Abiturprüfungen ebenso vorstellen wie in besonderen Fällen auch kumulative Abiturprüfungen (d.h. die Durchschnittsnote der Kursarbeiten in den Leistungskursen der Hauptphase der MSS). Gymnasien dürfen nicht degradiert werden zu Volks-

hochschulen, in denen Nicht-Schüler auf zentrale externe Abiturprüfungen systematisch vorbereitet werden. Das gilt auch für Abschlussprüfungen für alle anderen Schularten. Für Abschlussprüfungen müssen die Schulen Verantwortung tragen. Auch hier gilt: Leistung muss sich lohnen: Für Lehrerinnen und Lehrer ebenso wie für Schülerinnen und Schüler.

Die Vorfälle um das Zentralabitur – wie unlösbare Mathematikaufgaben, eingeengte Interpretationsmöglichkeiten im Deutschen oder das Heraufsetzen von Abiturnoten - haben dem Ansehen des Zentralabiturs ebenso geschadet wie den dafür zuständigen Bildungsministerien. Das Zentralabitur blockiert eine Erziehung zur Mündigkeit. Um weiteren Schaden abzuwenden, sind wir offen auch für kumulative Formen des Erwerbs der Hochschulreife über die Ergebnisse der Kursarbeiten in den Leistungskursen der Hauptphase der MSS. Auch hier sollte sich Leistung lohnen.

Das ist fair, denn Hochschulen, Ausbildungsbetriebe und nicht zuletzt die Lernenden selbst müssen sich auf den Wert ihrer Noten verlassen können. Eine objektive Leistungserhebung wertet die Leistung des Schülers also auf.

Wer sich auf den Wert seiner Leistung verlassen kann, weiß, wo seine Fähigkeiten liegen. Das schafft Vertrauen und Stolz auf sich selbst, das eigene Können und ist wichtiger Teil der Entwicklung der Schülerinnen und Schüler.

Diskriminierung und Mobbing vorbeugen.

Im Schulalltag sind Mobbing auf Grund von Aussehen und damit einhergehende psychische Erkrankungen oder Interessen, Lebensmodellen oder Rassismus leider noch immer ein Thema.

Dafür muss man schon im Kleinsten anfangen, die Gesellschaft so heterogen und differenziert, wie sie ist, darzustellen. In den Arbeitsmaterialien müssen daher Menschen verschiedener körperlicher Konstitution, Ethnie, Religion und mit Beeinträchtigungen zu sehen sein.

Die Abbildung der gesellschaftlichen Gegebenheiten und der Lebenswirklichkeit schafft ein Bewusstsein für die Vielfalt unseres Landes und begünstigt eine interkulturelle Öffnung. Was im Kleinen im Schulalltag beginnt, trägt sich in die Gesellschaft weiter.

So sollen unsere Kinder starten: Die Kindertagesstätte.

Bildung fängt bei den Kleinsten an.

Eines dürfen wir auf keinen Fall außer Acht lassen: Die Bildung unserer Kinder fängt nicht erst in der Schule an. In unseren Kindertagesstätten werden Grundlagen, Werte und Kompetenzen vermittelt. Hier sind es die Erzieherinnen und Erzieher, die Kleinsten auf spielerische Art dazu anhalten, die Welt zu entdecken und zu erleben – zweifelsfrei ein wichtiger Baustein unserer Bildung.

Faire Arbeitsbedingungen.

Nimmt man jedoch die momentane Situation in den Kindertagesstätten in den Blick, so werden große Defizite offenbar. Geringe Bezahlung, wenig Personal, der Wegfall der Förderkindergärten – das alles stellt die Erzieherinnen und Erzieher in ihrem Arbeitsalltag vor enorme Herausforderungen.

Förderkinder dürfen nicht die Verlierer sein.

Gerade bei der Betreuung der Kinder mit erhöhtem Förderbedarf, müssen Prozesse beschleunigt und entbürokratisiert werden. Gerade diese Kinder passen nicht in Bewertungsraster und brauchen verlässlich und zügig Unterstützung, denn fair ist es, nicht jedem das Gleiche zu geben, sondern das, was er benötigt.

Wer Kita-Plätze verspricht, muss sie auch schaffen

Unsere Kitas müssen personell besser ausgestattet werden. Wer jedem einen Kita-Platz verspricht, hätte schon längst die Rahmenbedingungen dafür schaffen müssen! Auch müssen die Kitas den Bedürfnissen der Familien gerecht werden.

Es sind nicht nur die erzieherischen Aufgaben, es sind viele organisatorische und weitere Arbeiten in den Jahren im Bereich der Kita-Bildung hinzugekommen, die dem Erziehungspersonal die Zeit für und mit den Kindern rauben. Siehe die Bildungs- und Beobachtungsdokumentationen.

Der Prozess, um Förderungskräfte für einzelne Kinder in der Kita zu bekommen, dauert meist viel zu lang und ist sehr aufwendig und bürokratisch.

Hier wäre es einfacher, wenn die Kitas sich schneller die Unterstützung von Fachpersonal auch ins Haus holen könnten, z.B. Logopäden/Ergotherapeuten/Integrationshelfer und Sprachförderer.

Fachpersonal zur Unterstützung.

Unsere Erzieherinnen und Erzieher leisten wichtige und gute Arbeit. Sie müssen dringend entlastet werden. Zusätzlich braucht es Fachkräfte für Sozialarbeit, Integration und Sprachförderung, die das vorhandene Personal im alltäglichen Arbeiten entlasten.

Davon profitieren selbstverständlich ebenfalls die Kinder und Eltern. Wer verlässliche Ansprechpartner hat, baut Vertrauen auf, fühlt sich ernst genommen und lässt sich fördern und fordern.

Faire Arbeitsbedingungen sind Grundpfeiler einer zukunftsfähigen Bildungspolitik.

1,75 Kräfte für 25 Kinder sind zu wenig, um eine gute und jedem Kind gerecht werdende Arbeit zu leisten. Dieser Umstand fördert im Moment den Frust im Kitabereich und daher gehen viele gute und motivierte Erzieher aus diesem Bereich heraus und suchen sich eine andere Tätigkeit.

Echte Wahlfreiheit für Eltern und Kinder.

Auch eine individuelle Betreuung muss möglich gemacht und sichergestellt werden. Kinder dürfen nicht nur wegorganisiert werden. Flexible statt starre (Nachmittags-) Betreuung, ist bei der dynamischen Arbeitswelt der Eltern unerlässlich. Tagesmütter und Hort-Angebote können dies leisten. Derzeit gibt es aber auch hier zu wenige Plätze.

Corona hat zudem gezeigt: Flexible Anpassungen des Schul- und KiTa-Betriebes müssen möglich sein. Dafür müssen klare Verantwortlichkeiten bestehen. Die Verantwortung darf nicht auf die einzelne Lehrkraft oder die Eltern abgewälzt werden.

Zusätzliche muss es Familien möglich sein, durch verbesserte Home-Office-Möglichkeiten auch selbst für die Betreuung ihrer Kinder zu sorgen.

Nur so lassen wir den Eltern die Wahl. Das ist fair und wird Eltern und Kindern gerecht

Weitere Forderungen der Frauenunion:

- Schulen müssen Grundlagen erhalten, um Hybridunterricht dauerhaft zu gewährleisten oder komplett ins HomeSchooling wechseln zu können
- Schulbusverkehr muss entzerrt werden, nicht nur zu Coronazeiten (Unfallgefahr, Verletzungsgefahr hoch)
- Klassengröße muss konsequent verkleinert werden, egal ob Grundschule oder weiterführend
- Hygienische Grundbedingungen in den Schulen müssen überprüft und verbessert werden
- Gefährdungsbeurteilung muss hinsichtlich aller Grundbedingungen in Schulen (Hygiene, Sicherheit, Gesunderhaltung) regelmäßig erfolgen und Missstände sofort abgebaut werden
- dringender Abbau des Investitionsrückstaus
- Größerer Entscheidungsspielraum für Eltern hinsichtlich der Art der Beschulung
- Entschlackung der Lehrpläne
- Nutzung aller modernen Medien zur Gestaltung von Unterricht
- Mehr Freiheit für Lehrer bei der Ausgestaltung ihres Unterrichts (da geht viel Kreativität und Lernfreude verloren)
- Einbeziehung von Fachkräften in den Unterricht (z.B. Pflegekräfte in Biologie)
- Mehr praktischer Unterricht (Hauswirtschaft, Reparatur von Fahrrad, Rechtskunde, Steuererklärung)